

„Fraktionsführung hat offenbar mehr Angst vor der SPD als Respekt vor den eigenen Leuten“

Von **Nikolaus Doll, Carlotta Diederich**

Veröffentlicht am 20.11.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU)

Quelle: picture alliance/photothek.de/Florian Gaertner

Die Union reibt sich im Ringen um den Kurs im Rentenstreit auf. Die Junge Gruppe zeigt sich unbeeindruckt vom Basta des Kanzlers. Doch Merz bekommt jetzt Unterstützung von unerwarteter Seite – Zweifel am Kernargument der jungen Abgeordneten werden laut.

Eskalation und interne Misstöne gab es nach dem Geschmack der Spitze der Unionsfraktion im Bundestag in den vergangenen Tagen genug – vor allem zu viel Streit über die Rentenreform. Also versuchte Fraktionschef Jens Spahn (CDU) in der digitalen Konferenz des Fraktionsvorstands am Donnerstagmorgen, die Wogen zu glätten. Für den Moment und für diese Runde gelang das. Aber in Fraktion und Partei gärt es.

Die Junge Gruppe der Fraktion habe durchaus Argumente für ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs zur Stabilisierung des Rentenniveaus, gestand Spahn im Vorstand laut Teilnehmer-Angaben ein. In dem Entwurf steht auf Seite drei der viel zitierte Satz, der zum Rentenniveau eine teure Vorfestlegung für die Zeit nach 2031 trifft, die die jungen Abgeordneten aufgrund erwarteter Milliardenkosten partout nicht hinnehmen wollten. Man müsse nun „eine für alle Seiten gesichtswahrende Lösung“ finden, versprach der Fraktionsvorsitzende. Das klang versöhnlich, diplomatisch.

Spahn machte in Richtung dieser Gruppe, die mit ihren 18 Stimmen im Parlament das Gesetz scheitern lassen könnte, allerdings auch eine klare Ansage: Die Koalition müsse regierungsfähig bleiben. Sprich: Union und SPD müssten sich einigen. Und die Sozialdemokraten würden Änderungen an dem Gesetzentwurf keinesfalls hinnehmen. Wer die SPD mit einer Verweigerung der Zustimmung herausfordere, gefährde das Regierungsbündnis. Schließlich hatten sich im Kabinett Minister von Union und SPD auf den Gesetzentwurf verständigt. „Mein Eindruck ist, dass das Rentengesetz jetzt durchgedrückt werden soll, noch in diesem Jahr“, meint ein Vorstandsmitglied nach Ende der Sitzung gegenüber WELT.

„Der Kanzler hat klar gesagt, wie es in der Rentenfrage laufen soll. Und es gehört nicht zum Markenkern der CDU, dem Kanzler in solchen Momenten die Gefolgschaft zu verweigern“, heißt es im Umfeld von Spahn. Die jungen Abgeordneten, weitere Mitglieder in der Fraktion und führende Leute in der Union sehen das mit dem Markenkern aber anders. Für sie gehört dazu, die eigenen Positionen zu vertreten, nicht vor der SPD einzuknicken.

„Warum kann der kleinere Koalitionspartner nach Belieben ‚rote Linien‘ definieren, die wir respektieren müssen?“, fragt ein Mitglied der Jungen Gruppe. „Die Fraktionsführung hat offenbar mehr Angst vor der SPD als Respekt vor den eigenen Leuten.“ Die Versuche, die Junge Gruppe dazu zu bringen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, seien der falsche Weg. „Richtiger wären Verhandlungen der Fraktionsspitze mit der SPD über diesen Entwurf. Dann muss man sich mit den Sozialdemokraten tief in die Augen schauen und abwarten, wer als Erster blinzelt“, so der CDU-Abgeordnete.

Das Problem für Spahn und Kanzler Friedrich Merz (CDU) ist, dass die Junge Gruppe mit ihrer Kritik an dem Gesetzentwurf zur Stabilisierung des Rentenniveaus nicht alleine ist. Vergangene Woche Mittwoch beispielsweise gab es ein Abendessen mit dem Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand (PKM); das ist eine der einflussreichsten Abgeordneten-Gruppen in der Unionsfraktion.

Rund ein Dutzend Wortmeldungen gab es, nachdem der Kanzler gesprochen hatte; drei davon zur Rente – alle mit Kritik am Gesetzentwurf, berichten Teilnehmer. „Ich schätze, dass etwa zwei Drittel unserer Abgeordneten-Gruppe Verständnis für die Position der Jungen Gruppe bei der Rente hat“, sagt einer der stellvertretenden PKM-Vorsitzenden WELT. Und etwa zwei Drittel der Fraktionsmitglieder seien Teil der Mittelstandsgruppe. Was allerdings nicht bedeuten würde, dass all die Kritiker dort am Ende gegen das Gesetz stimmen würden, betont das Vorstandsmitglied.

Doch es gibt auch Mitglieder der Unionsfraktion, die relativ jung sind, beim Thema Rente vom Fach – und die Positionen der Jungen Gruppe nicht teilen. Der 40-jährige CDU-Abgeordnete Kai Whittaker zum Beispiel. Der Rentenexperte seiner Fraktion erklärt das Argument der Kritiker des Gesetzentwurfs, wonach dadurch der jüngeren Generation Milliarden-Belastungen drohen würden, nach Informationen von „Politico“ und WELT für falsch.



CDU-Rentenpolitiker Kai Whittaker

Quelle: picture alliance/dts-Agentur

Um seine These zu belegen, hat der Abgeordnete aus Baden-Württemberg nachgerechnet. Sein Ergebnis: Für den umstrittenen Kern des Gesetzes – die finanziellen Folgen der sogenannten Haltelinie, mittels der das Rentenniveau bis 2031 stabilisiert werden soll – würden alle Generationen aufkommen müssen, nicht nur die Jüngeren. Eines der Hauptargumente der Kritiker sei damit gar keines.

Das Rentenniveau liegt aktuell bei rund 48 Prozent. Das bedeutet, dass eine Standardrente für jemanden, der 45 Jahre lang das Durchschnittsgehalt verdient hat, heute etwa 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsverdienstes ausmacht.

Weil aber immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentenempfänger finanzieren müssen, wurde die Haltelinie eingeführt: Die 2019 eingeführte Vorgabe soll verhindern, dass das Rentenniveau unter 48 Prozent fällt. Diese wird aber – anders als bei ihrer Einführung – vollständig aus Steuermitteln finanziert, nicht über die Beiträge der Versicherten. Alle Generationen und alle Gruppen leisten also dazu einen Beitrag: Beamte, Selbstständige, Privatversicherte und auch Politiker.

„Den aktuellen Gesetzentwurf zum Kampf um Generationen-Gerechtigkeit zu erklären, geht an der Realität vorbei“, sagte Whittaker WELT. „Denn wer behauptet, nur die Jungen zahlen die Zeche, hat die Rechnung ohne den Steuerzahler gemacht.“ Denn den größten Steueranteil würden vor allem Leute mit hohem Einkommen tragen – größtenteils Über-50-Jährige. Sogar die Rentnergeneration zahle weiter mit, zum Beispiel über die Mehrwertsteuer. Ein 75-Jähriger zahle am Ende des Jahres mehr Steuern als ein 25-Jähriger, so Whittaker.

Er rechnet vor, dass die 40- bis 60-Jährigen den größten Anteil an Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag aufbrächten, weil in dieser Phase die höchsten Erwerbseinkommen erzielt werden. Die Über-40-Jährigen trügen 74,13 Prozent des Steueraufkommens.

„Die Haltelinie spaltet also nicht die Generationen. Die Debatte tut es. Und die Haltelinie entscheidet auch nicht über die Frage der Generationen-Gerechtigkeit“, so Whittaker.

„Diese Richtungsentscheidungen fallen in der Rentenkommission. Dort müssen die strukturellen Weichen der Rente gestellt werden.“ Er fordert: „Darauf sollte unsere Energie liegen – nicht auf Symbolkämpfen über eine Haltelinie, die von allen Generationen getragen wird und deren Folgekosten sogar unter dem Vorbehalt der Prüfung 2029 stehen.“

Der Rentenexperte seiner Fraktion hält daher nichts vom Widerstand der Jungen Gruppe gegen das geplante Rentengesetz. Dass Kanzler Merz ausgerechnet von Whittaker Unterstützung bekommt, ist überraschend: Der ist stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmer-Gruppe in der Unionsfraktion. Die ist und war nie besonders eng mit Friedrich Merz.

Andererseits hat sich Whittaker im Rentenstreit schon in den vergangenen Wochen auf die Seite des Kanzlers gestellt. Als es beispielsweise darum ging, ob der Gesetzentwurf zur Rente im Einklang mit dem Koalitionsvertrag stehe. Die Junge Gruppe stellt das infrage. Whittaker sagte hingegen dem „Spiegel“ (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rente-sozialfluegel-der-union-unterstuetzt-friedrich-merz-im-rentenstreit-a-30acde30-c11e-4da5-b6fd-510c1ffb75b6>) : „Der Bundeskanzler hat recht: Bis 2031 gilt die Haltelinie von 48 Prozent, danach greift wieder der Nachhaltigkeitsfaktor. Das entspricht dem Koalitionsvertrag.“ Der Faktor dämpft Rentensteigerungen, um den Anstieg der Rentenbeiträge zu begrenzen.

Unmut über den Führungsstil des Kanzlers – wieder einmal

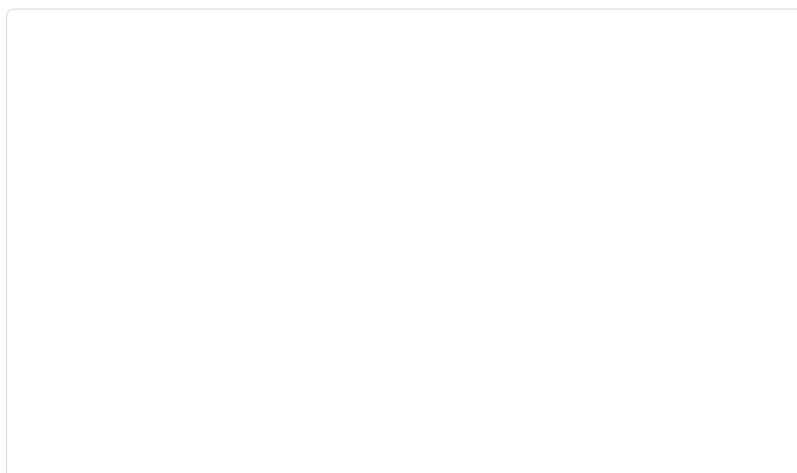
Die Fronten in der Rentenfrage laufen also kreuz und quer durch die Union – und lähmen die Schwesterparteien. Was nicht hätte sein müssen, wenn der Kanzler und der Fraktionschef früher realisiert hätten, dass die Junge Gruppe dem Gesetz nicht zustimmen will.

Junge-Union-Chef Johannes Winkel (CDU) hatte Sozialministerin und SPD-Co-Chefin Bärbel Bas, deren Ressort den Entwurf erarbeitet hat, nach eigenen Angaben bereits vor der Sommerpause erklärt, dass das Gesetz für die jüngeren Unionsabgeordneten nicht zustimmungsfähig sei. Als der Entwurf dann in die Ressortabstimmung ging – also sich die Bundesministerien dazu austauschten und erstmals auch die Koalitionsfraktionen beteiligt wurden –, wurden nach Kritik aus CDU und CSU nur marginale Änderungen gemacht.

Nun ärgern sich nicht nur die jungen CDU/CSU-Abgeordneten darüber, dass der Kanzler mit einem Machtwort eine Entscheidung zu erzwingen versuche. „Führung ist doch nicht, zu sagen: Wir machen das jetzt so, und damit basta. Führung ist, den Leuten zu erklären, dass man gewisse Entscheidungen so und so fällen muss, weil das gut ist fürs Land und für den einzelnen Abgeordneten“, meint ein hochrangiger CDU-Strategie. Genau das tue der Kanzler nicht.

Der Ärger sitzt tief in der CDU – über den Politikstil des Kanzlers, des Kanzleramts, der Fraktionsspitze, der maßgeblichen Leute in der Parteizentrale. Ein Mitglied des CDU-Präsidiums, dem höchsten Parteigremium, fasst die Stimmung so zusammen: „Was wir hier bieten, ist eine Katastrophe. Die Abstimmungen funktionieren einfach nicht.“ Das habe man bei der Stromsteuer erlebt, der zunächst geplatzten Wahl von Richtern für das Verfassungsgericht, dem Streit über die Haltung zu Israel und nun eben bei der Rente. „Die Häufung dieser Fälle ist das Problem.“

Ein hochrangiger CSU-Mann fordert: „Management und Kommunikation müssen besser werden in Berlin, es muss endlich laufen.“ Die Landesverbände in Bundesländern, in denen die CDU regiert, hätten bereits Unterstützung beim Politikmanagement angeboten. „Wenn wir die Defizite in Berlin ansprechen, heißt es meist: ‚Hast ja recht.‘ Aber es passiert nichts“, beschwert sich ein CDU-Landesvorsitzender.



Und ein Fraktionsvorstandsmitglied warnt: „Wenn wir bei der Rente so weitermachen, laufen wir in ein Brosius 2.0 rein.“ Der Streit über die SPD-Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht, Frauke Brosius-Gersdorf, die Teile der Unionsfraktion – anders als von der Fraktionsspitze erwartet – nicht mittragen wollten, hatte das Verhältnis von Union und SPD zum Start der schwarz-roten Koalition deutlich belastet.

Präsidiumsmitglieder wollen in der kommenden Sitzung am 1. Dezember die kommunikativen Probleme laut WELT-Informationen offen ansprechen. Man könne es nicht so weiterlaufen lassen, sagt ein Mitglied.

Ein Vorstandsmitglied der NRW-CDU meint dazu belustigt: „Das will ich sehen, dass die Präsidiumsmitglieder den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden bei einer Präsidiumssitzung offen kritisieren und herausfordern.“ Den eigenen Kanzler in größerer Runde hart anzugehen, gehört nicht zum Markenkern der CDU – das ist eine SPD-Spezialität.

Nikolaus Doll (<https://www.welt.de/autor/nikolaus-doll/>) *berichtet über die Unionsparteien und die Bundesländer im Osten.*

Carlotta Diederich (<https://www.welt.de/autor/carlotta-diederich/>) *ist Volontärin bei „Politico“ Europe.*